



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche stand unter dem Eindruck des heimtückischen Mordes an einem Polizisten und jungen Familienvater in Mannheim, der aller Erkenntnisse nach mit einem islamistischen Motiv begangen wurde. Unser Fraktionschef Friedrich Merz bot dazu im Rahmen einer Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage eine begrenzte Zusammenarbeit mit der Koalition zur Bekämpfung von Terror und Gewalt an. Er betonte, dass Entscheidungen dringend getroffen werden müssen, um die zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft anzugehen. Die Regierung muss endlich beginnen zu handeln, um den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht zu gefährden. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen und einen Aktionsplan gegen den politischen Islam. Dazu gehört auch die Notwendigkeit von Abschiebungen in bestimmte Länder, eine verstärkte Polizeibefugnis im Internet und eine stärkere Kontrolle der sozialen Medien. Es ist von besonderer Wichtigkeit, die Polizei zu unterstützen und den islamistischen Terrorismus nicht zu relativieren. Ebenso gefährlich für die nationale Sicherheit ist die zögerliche Unterstützung für die Ukraine im Konflikt mit Russland. Hier braucht es ebenso entschlossenere Maßnahmen der Regierung.

Dagegen ist die Ampel eher damit beschäftigt, die desolate Haushaltslage nicht in den Griff zu bekommen. Trotz Steuermehreinnahmen gewinnt die Regierung keinen Boden beim Thema Priorisierung wirklich notwendiger Projekte und Reformen. Es fehlt ein klarer Kurs!

Am Sonntag sind die EU-Wahlen und ich möchte Sie und euch alle dazu einladen, ein Kreuz zu setzen. Das ist gelebte Demokratie und noch nie in der Geschichte war eine EU-Wahl so wichtig für die Zukunft des Kontinents und damit auch Deutschlands. Wer noch eine Entscheidungshilfe benötigt: <https://www.europawahl.cdu.de/>

Mit nachdenklichen Grüßen

Kerstin Vieregge



UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS "HABECK-AKTEN"

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien der Minister Habeck und Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben vor Gericht die Herausgabe schließlich erzwungen.

Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer entscheidenden Frage unserer nationalen

Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entschieden hat. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit gelaufen sind. Die Bundesminister Robert Habeck und Steffi Lemke haben bisher die Gelegenheit verpasst, die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufzuklären. Seit Veröffentlichung der Habeck-Akten haben wir alle parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft, um Licht in die Schatten dieses intransparenten Vorgangs zu bringen. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. Deshalb beantragen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“.



ELEMENTARSCHADENVERSICHERUNG FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Deutschland spürbar. Schadenereignisse nehmen stetig zu. Die bei Elementarschadenereignissen auftretenden Schäden sind für die Eigentümer von existenzieller Bedeutung, sie können schnell in die Hunderttausende Euro gehen. Die einfache Wohngebäudeversicherung leistet in der Regel nicht bei Überschwemmung und Starkregen, sondern lediglich bei Feuer, Blitzschlag, Sturm und Hagel. Für den Schutz gegen Überschwemmung und Starkregen bedarf es einer Elementarschadenversicherung, die im Rahmen der Wohngebäudeversicherung in der Regel gegen eine Zusatzprämie angeboten wird. Lediglich etwa 50 Prozent der

circa 8,5 Mio. Wohngebäudeversicherungen in Deutschland besitzen eine Elementarschadenabsicherung.

Mit einem eigenen Antrag fordern wir in dieser Sitzungswoche eine gesetzliche Regelung, um den privaten Versicherungsschutz für Elementarschäden auszuweiten. Im Neugeschäft soll die Wohngebäudeversicherung nur noch mit einer Elementarschadenabsicherung angeboten werden. Diese kann im Rahmen einer informierten Entscheidung und Belehrung über die Konsequenzen auch abgewählt werden (Opt-Out). Im Bestandsgeschäft – also dort, wo bereits Versicherungspolice vorhanden sind – sollen sämtliche Wohngebäudeversicherungen zu einem Stichtag um eine Elementarschadenversicherung erweitert werden. Auch diese Erweiterung kann innerhalb einer gewissen Frist abgewählt werden.

So stellen wir sicher, dass jeder Haus- oder Wohnungseigentümer die Möglichkeit zum Abschluss einer Elementarschadenversicherung erhält und über die Risiken des Verzichts informiert ist. Auf diesem Wege stellen wir ebenso sicher, dass bei zukünftigen Großschadensereignissen keine staatlichen „Fluthilfen“ mehr erforderlich sind. Wir nehmen Prävention und Klimafolgenanpassung in den Blick.

[Mehr dazu...](#)



FAMILIEN STEUERLICH STÄRKEN

In erster Lesung beraten wir in dieser Woche unseren Antrag Familien steuerlich stärken – Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenpflege. Unser Ziel ist, Familien in ihrer täglichen Verantwortung und bei Pflegeaufgaben umfassend zu entlasten und zu unterstützen. Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, sie vermitteln Gemeinsinn und Solidarität. Die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen erfordert jedoch viel Engagement und Zeit. Mit unserem Antrag fordern wir daher mehrere Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung von Familien. Wir wollen einen steuerlichen Abzugsbetrag für familiennahe Dienstleistungen bis zu 20 Prozent von maximal 25.000 Euro im Jahr einführen. So wollen wir die bisherige steuerliche

Förderung ersetzen und erweitern. Zudem soll ein steuerlicher Abzugsbetrag für Kinderbetreuungskosten in Höhe von 30 Prozent von maximal 6.000 Euro für die Betreuung oder Pflege von Angehörigen eingeführt werden. Auch Großeltern sollen familiennahe Dienstleistungen steuerlich geltend machen können, wenn sie die Kosten getragen haben. Darüber hinaus fordern wir die Ausweitung der Steuerbefreiung für Arbeitgeberleistungen zur Angehörigenbetreuung auf Kinder bis zum 14. Lebensjahr und zu pflegende Angehörige. Schließlich soll der Kinderfreibetrag und das Kindergeld 2024 deutlich angehoben und die Stufung für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind wieder eingeführt werden.

[Mehr dazu...](#)



STÄRKERES DEUTSCHES ENGAGEMENT AM HORN VON AFRIKA

Mit unserem Antrag Ein stärkeres deutsches Engagement am Horn von Afrika und dem Golf von Aden stellen wir fest: Deutschland engagiert sich am Horn von Afrika teils lange – aber ohne ein Konzept zu haben. Wir fordern eine verstärkte deutsche Präsenz in dieser strategisch wichtigen Region. Wir streben außerdem an, die Beteiligung Deutschlands an der EU-Mission EU NAVFOR ASPIDES intensivieren, um die Stabilität im Roten Meer zu gewährleisten. Wir betonen die Notwendigkeit, die sicherheitspolitischen Beziehungen zu den Staaten am Horn von Afrika zu stärken und die Präsenz vor Ort durch zusätzliches diplomatisches und militärisches Fachpersonal zu erhöhen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Dialog mit einflussreichen Golfstaaten auszubauen und sich gegen den Aufbau permanenter Marinebasen durch Russland und Iran zu stellen. Zudem fordern wir eine aktive Beteiligung an Global Gateway-Projekten und eine Überprüfung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, um geostrategische Interessen besser zu vertreten.

[Mehr dazu...](#)



BUNDESHAUSHALT OHNE KLARE PRIORITÄTEN

Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts klaffte im Etat 2025 eine Lücke von 25 Milliarden Euro. Mittlerweile ist diese noch größer geworden, denn statt – wie von Bundesfinanzminister Lindner erbeten – Einsparvorschläge zu unterbreiten, haben einige Ministerien mehr als zwei Milliarden Euro „Mehrbedarf“ angemeldet.

Die bestehende Lücke wird sich nur schließen lassen, wenn die Ampel – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – alle Ausgaben auf den Prüfstand stellt und eine klare Priorisierung der zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ vornimmt. Der öffentliche Streit um den Bundeshaushalt 2025 wird einem verantwortungsvollen Regierungshandeln nicht gerecht. Dazu gehört auch: Die Menschen in Deutschland müssen sich darauf verlassen können, dass die Rente finanziell langfristig gesichert ist. Mit der Ampel ist die Rente nicht sicher.

Entscheidend ist jetzt, eine nachhaltige Lösung für den Bundeshaushalt 2025 sowie die Finanzplanung bis 2028 zu finden und der Rentenversicherung eine langfristige Sicherheit zu verschaffen. Die Einnahmen steigen, wenngleich nicht in dem Maße, wie es prognostiziert wurde. Und das ist ein Alarmzeichen, angesichts der Tatsache, dass die Konjunktur weltweit anzieht, nur eben in Deutschland nicht. Hier muss die Politik ansetzen.

Wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, was die Zahlen und Schätzungen deutlich zeigen. Wir erwarten dieses Jahr Steuereinnahmen von 375,6 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr rechnet das Bundesfinanzministerium mit Einnahmen von 389 Milliarden Euro, 2026 sollen die Einnahmen auf 400,3 Milliarden Euro steigen!. Die Ampel-Regierung muss sich endlich disziplinieren und ihre Projekte priorisieren. Stichwort Bürgergeld in der aktuellen Form zum Beispiel. Was in der öffentlichen Debatte viel zu wenig thematisiert wird, ist dass die Ausgaben des Bundes gegenüber 2019 um 33 Prozent gestiegen sind. Das ist deutlich mehr als der



"VISION ZERO" FÜR CANNABIS IM STRAßENVERKEHR

Mit unserem Antrag Für die „Vision Zero“ und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr sprechen wir uns gegen die von der Bundesregierung geplante Anhebung des Tetrahydrocannabinol (THC)-Grenzwertes im Blutserum von 1,0 ng/ml auf 3,5 ng/ml aus. Dieser Schritt würde die Verkehrssicherheit erheblich gefährden. Die Bundesregierung darf die Interessen der Cannabiskonsumenten nicht über den Schutz aller Verkehrsteilnehmer stellen. Wir fordern deshalb – im Sinne der „Vision Zero“, einer Strategie zur Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen im Straßenverkehr – auf die Anhebung des Grenzwertes zu verzichten. Wir plädieren dafür, ein generelles Fahrverbot für Cannabiskonsumenten beizubehalten, wie es die aktuelle Rechtsprechung mit dem Grenzwert von 1,0 ng/ml bereits vorsieht. Zusätzlich fordern wir, die Regelungen zur Eignungsprüfung bei cannabisbezogenen Verhaltens- und Verkehrsauffälligkeiten unverändert zu lassen und die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) nicht erst bei *wiederholten* Zuwiderhandlungen anzuordnen. Die vorgeschlagenen Lockerungen der Überwachungspraxis lehnen wir ab, da sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden und das Ziel der „Vision Zero“ untergraben. In dieser Woche beraten wir unseren Antrag abschließend im Plenum und stimmen auch über den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Konsumcannabisgesetzes und des Medizinal-Cannabisgesetzes ab.



KRANKENHAUSREFORM GEHT - NRW ZEIGT WIE

Die Reform der Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen (NRW) steht kurz vor dem Abschluss. Noch in diesem Jahr sollen die Feststellbescheide verschickt werden. Diese Bescheide bestimmen, welche Leistungen Krankenhäuser künftig erbringen dürfen. Die Reform sieht vor, Krankenhausbetten durch medizinische Leistungsgruppen zu ersetzen, wobei strukturelle Mindestvoraussetzungen zu erfüllen sind. Die Reform wurde in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren entwickelt, um die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern zu verbessern und eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das Ministerium in NRW hat bereits in der Region Solingen und Mettmann festgelegt, welche Leistungen in welchen Krankenhäusern durchgeführt werden dürfen, um wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenzuwirken und die Strukturen zu modernisieren. Die Reform in NRW dient als Vorbild für die Krankenhausreform des Bundes. Der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat es aber leider auch nach dem positiven Beispiel aus NRW noch nicht verstanden, alle Beteiligten ins Boot zu holen. Das schafft Frust, treibt die Kosten und verunsichert sowohl Patienten als auch das medizinische Personal. Sollte sich im Bund keine baldige Lösung finden, so besteht die Gefahr eines kalten Strukturwandels, denn ca. 80 Prozent der Kliniken in Deutschland geht bereits jetzt die finanzielle Luft zum Atmen aus.

WEITERE IMPRESSIONEN DER SITZUNGSWOCHE



Karl-Josef Laumann MdL im Bundestag zur Arbeitnehmergruppensitzung



Befragung der Bundesregierung im Plenum



Im Gespräch mit den Wirtschaftsunioren Deutschlands

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



IN HOLZGEWERBE IST LIPPE BESONDERS SMART

Die Jahrhunderte alte Domäne am Schloss Brake bietet jetzt der Holzwirtschaft der Region Zukunft: Das Gewerbezentrum Smart Wood OWL ist eröffnet. Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und wertschöpfende Holzverwendung sind hier Ziele. Hier wird erprobt, entwickelt und „genetzwert“. Hier werden Werkstattgespräche und Workshops veranstaltet und kreative Start-ups finden eine

moderne Arbeitsstätte. Prof. Dipl.-Ing. Martin Stosch vom Forscherteam und Kreiswirtschaftsförderer Uwe Gotzeina treiben die Idee von Smart Wood OWL engagiert voran und stehen mit ihren Teams auch beratend zur Seite. Mit 2,2 Mio. € fördern das Land NRW und der Bund das Smart-Wood-Center und stärken damit die seit Jahrhunderten in Lippe und OWL immens wichtige Wald-, Forst-, Holz- und Möbelwirtschaft. Eine gute Investition im Sinne eines positiveren CO2-Fußabdrucks!

Hier der Link zum Imagefilm: <https://youtu.be/oq1Ue8yUf7A>



KLIMA VERSTEHEN LERNEN

Lippe freut sich über eine neue touristische Attraktion: Die Klimaerlebniswelt in Oerlinghausen! Hier ist Klimawandel erfahrbar und sind Wetterphänomene spürbar. In interaktiven Welten lassen Simulationen die Wirksamkeit klimaschonender Maßnahmen erkennen und werden Folgen des Klimawandels sichtbar - rund um den Globus. Eintauchen, mitmachen, Lösungen entwickeln ist das durchgängige Motto. Die dabei gesammelten Punkte können am Ende an klimafreundliche Projekte gespendet werden. Herzlichen Dank sage ich Herrn Dr. Ingo Möller, dem Leiter der Einrichtung, für die beeindruckende und spannende Führung durch die Klimaerlebniswelt. Sie macht Ursache und Wirkung erfahrbar, ohne zu belehren. Viel Erfolg mit diesem überzeugenden Konzept! Mehr unter

<https://www.klimaerlebniswelt.de/>



PRIMA ESSEN AUS LIPPE

Prima - der Name trifft's! Er steht für Erfolg und Qualität aus Leopoldshöhe. Mit leckeren Fertiggerichten überzeugt Prima Menü seit fast dreißig Jahren seine Kundschaft. Dazu zählen u.a. die Handelsriesen Edeka, Rewe und Lidl. Seit Neuestem wird sogar Ikea Japan vom Mittelständler aus Lippe versorgt. In der aktuellen Kooperation mit Unilever setzt Prima Menu auf den Megatrend zu veganen High-Convenience-Produkten: "The Vegetarian Butcher" ist gleich in vier Varianten "Prima"!

Mit seiner Schwester Lisa führt Bastian Pauls das vom Vater gegründete Familienunternehmen fort und behauptet sich im Spannungsfeld zwischen Handel, Lieferanten, Kundenerwartungen und bürokratischen Herausforderungen. Ich wünsche weiter viel Erfolg und prima Appetit!

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2024 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

